

**Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V. – AbL Landesverband Niedersachsen/Bremen e.V. – Pressesprecher: Eckehard Niemann, Varendorfer Str. 24, 29553 Bienenbüttel, AbL-Vertreter im bundesweiten Bürgerinitiativen-Netzwerk „Bauernhöfe statt Agrarfabriken“, Telefon: 0151-11201634, Mail: [eckehard.niemann@freenet.de](mailto:eckehard.niemann@freenet.de) - 15. Juli 2014**

## **Pressemitteilung AbL fordert nach ARD-Sendung zu Ferkelfabriken ein Umdenken und eine Agrarwende**

„Wie viele andere Bürger sind wir und auch viele Bauernfamilien tief betroffen von den Bildern, die in der ARD-Sendung 'Gequält, totgeschlagen und weggeworfen – das Leid in Deutschlands Ferkelfabriken' gezeigt wurden“ - so die Reaktion des Landesverbandes Niedersachsen/Bremen der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) zu der Exklusiv-Reportage der Report-Mainz-Journalisten Monika Anthes und Edgar Verheyen vom Montag. Wer in der Agrarbranche auf diese Zustände immer noch mit dem Hinweis auf „Einzelfälle“ oder gar mit dem Lamentieren über die angebliche Ungesetzlichkeit dieser Filmaufnahmen reagiere, habe die Tragweite dieser Bilder und dieser Zustände immer noch nicht erfasst. Hier gehe es stattdessen um die rasche Korrektur einer generell fatalen agrarindustriellen Fehlentwicklung in der Tierhaltung – mit ihrer Massen- und Überschussproduktion, bei der Tiere wie Sachen behandelt würden und bei der „überzählige“ Ferkel zum System gehörten. Deshalb reichten genauere Regeln zum Töten der Ferkel und deren Kontrolle auch nicht aus – von Verbrauchern, Handel, Tierhaltern, Schlachtkonzernen und allen Beteiligten sei eine rasche Agrarwende gefordert - hin zu einer artgerechten Tierhaltung ohne Überforderung der Tiere, ohne systematische Überproduktion und mit Achtung vor den Tieren als Mitgeschöpfen.

Eine solche Tierhaltung, die die EU in ihrer Schweine-Richtlinie seit Jahren vorschreibe und die in den skandinavischen Ländern längst umgesetzt sei, verlange die EU nun auch mit Androhung von Vertragsstrafen von allen EU-Ländern. Der schon von der alten niedersächsischen CDU-Landesregierung verabschiedete und nun von der rotgrünen Landesregierung von 2006 an umgesetzte Tierschutzplan werde mittlerweile auch von NRW und Schleswig-Holstein verfolgt und ab 2018 auch von EU-Nachbarländern. Dieser Tierschutzplan müsse nun endlich auch von anderen Bundesländern umgesetzt - und auch von dem im ARD-Beitrag lediglich auf die Bundesländer verweisenden Bundesagrarminister Schmidt .

Der mit diesen - europaweit geltenden - Tierschutzvorgaben verbundene Überschussabbau schafft laut AbL auch neue Rahmenbedingungen für bäuerliche Strukturen und für ein Ende der seit Jahren ruinösen Erzeugerpreise. Eine artgerechte Tierhaltung mit begrenztem Auslauf und Stroh und ohne Kastenhaltung der Sauen sei in großen Agrarfabriken strukturell kaum möglich, deshalb sei die Baugesetznovelle (mit dem Vetorecht der Gemeinden gegen gewerbliche Anlagen mit mehr als 1.500 Mast- und 560 Sauenplätzen) im Interesse von Umwelt, Tieren und auch mittelständisch-bäuerlichen Tierhaltern zu begrüßen. Dieser Agrarfabriken-Stopp müsse vom Bundestag nun aber rasch auf sämtliche Großställe ausgeweitet werden.

Der AbL-Vertreter im bundesweiten Bürgerinitiativen-Netzwerk „Bauernhöfe statt Agrarfabriken“, Eckehard Niemann, verlangte von etlichen „immer noch agrarindustrie-geneigten Bundesländern vor allem in Ostdeutschland“ ein Ende des „Durchwinkens“ von Agrarfabrik-Bauanträgen und ein konsequentes Vorgehen gegen die Missstände in Agrarfabriken von Agrarindustriellen – bis hin zum Berufsverbot und bis zur Stilllegung dieser Agrarfabriken. Nicht nur bei den im ARD-Beitrag genannten Agrarindustriebetrieben von „Gut Losten“, SAZA oder Straathof müssten jetzt von den Agrarministern von Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt sowie von anderen Bundesländern bei Verstößen endlich Konsequenzen gezogen werden.

In dem ARD-Beitrag ist laut Niemann aber auch deutlich geworden, dass agrarindustrielle Techniken und Verhaltensweisen nicht mehr nur auf große Agrarfabriken beschränkt seien – neben besseren Rahmenbedingungen für eine artgerechte Tierhaltung in bäuerlichen Strukturen sei deshalb auch bei etlichen Bauern eine klare Abkehr von der Agrarindustrie nötig. Angesagt sei ebenso eine Neu-Besinnung in der gesamten Tierhaltung, in der landwirtschaftlichen Ausbildung und in den Agrarverbänden. Die bereits jetzt auf vielen Bauernhöfen praktizierte artgerechte und verantwortungsvolle Tierhaltung müsse zum Maßstab für die gesamte Branche werden. Dabei werde es auch weiterhin Nottötungen geben – aber nur in Fällen wirklich begründeter Nicht-Überlebensfähigkeit und nicht als eingeplanter Bestandteil einer agrarindustriellen Überproduktion.